



**Freie Grüne Liste  
Konstanz**

Freie Grüne Liste, Dr. Chr. Kreitmeier, Thomas-Sättele-Str. 29  
78467 Konstanz

**Dr. Christiane  
Kreitmeier**

Thomas-Sättele-Str.29  
78467 Konstanz

Tel. 07531 27556  
mail: christiane@  
kreitmeier-net.de

Herrn  
Oberbürgermeister  
Uli Burchardt  
Kanzleistr. 16  
78462 Konstanz

Konstanz, 15.12.2013

Sehr geehrter Oberbürgermeister Burchardt,

Die FGL beantragt im Gemeinderat am 30.01.2014 folgende Resolution  
zu diskutieren und zu beschließen:

**Wer unsere Kommune als Lebensmittelpunkt gewählt hat,  
soll hier auch wählen dürfen!  
Teilhabe schafft Integration – Kommunalwahlrecht für alle**

Städte und Gemeinden sind die Orte, wo Bürgerinnen und Bürger ihren Lebensmittelpunkt haben und demokratische Werte und politische Mitbestimmung unmittelbar gelebt und erfahrbar werden. Die kommunale Ebene ist die Keimzelle unseres demokratisch verfassten Gemeinwesens, wo demokratisches Bewusstsein entstehen und sich in der politischen Auseinandersetzung, im demokratischen Wettbewerb, schärfen kann.

Bürgerinnen und Bürger, die in unserem Land seit vielen Jahren und Jahrzehnten leben, hier Steuern zahlen, sich für unser Land engagieren und Gesellschaft in vielen Bereichen verantwortungsvoll mitgestalten, werden bisher grundlegende Rechte der politischen Teilhabe verwehrt, weil sie aus einem anderen Land zugewandert sind.

Drittstaatenangehörige leben heute im Durchschnitt bereits länger als 20 Jahre bei uns. Diese Menschen sind nicht mehr auf dem Weg, sondern längst in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Sie identifizieren sich mit unserer Gesellschaft, sind Teil unserer Gesellschaft. Sie gehören dazu.

Wir wollen Integration fördern, indem wir Identifikation ermöglichen. Gleichberechtigte Teilhabe ist die Voraussetzung für echte Identifikation. Der Maastrichtvertrag von 1992 hat für EU Bürgerinnen und Bürger am Ort ihres Aufenthaltes das kommunale Wahlrecht eingeräumt und politische Teilhabe ermöglicht. In 16 von 28 EU-Staaten können ausländische Bürgerinnen und Bürger schon heute unabhängig von ihrer Herkunft wählen. Das kommunale Wahlrecht stärkt auch bei uns die Teilhabe und

*Büro :*  
Untere Laube 24  
78462 Konstanz

*Kontakt:*  
Tel.: 07531 900790  
Fax.: 07531 900794  
mail: gruene-liste@  
stadt.konstanz.de  
www.fgl-konstanz.de

*Fraktionsassistentin:*  
Dagmar Krug

*Bürozeiten:*  
Mo. ab 17:30 Uhr  
(auch öffentliche Fraktionssitzung)  
Di. u. Do. 9 – 11 Uhr

*Bankverbindung :*  
Konto 75598  
BLZ 69050001  
Sparkasse Bodensee



damit die Demokratie in unserem Gemeinwesen, unterstreicht den Wert der grundgesetzlich garantierten Gleichheit aller Menschen und entzieht rassistischen und diskriminierenden Denkmustern ideologischen Boden. Deshalb brauchen wir gleiche Mitbestimmungsrechte für alle, die dauerhaft in Deutschland leben, unabhängig von ihrer Herkunft.

Die Mehrheit des Konstanzer Gemeinderats plädiert mit dieser Resolution für eine Änderung des Kommunalwahlrechts. Zukünftig sollen alle Drittstaatenangehörige, die fünf Jahre oder länger in der Bundesrepublik Deutschland leben, das aktive und passive Wahlrecht erhalten.

Die Fraktionen fordern die Bundes- und Landesregierung auf, den Artikel 28, Abs.1 des Grundgesetzes entsprechend zu ändern.

#### Begründung:

Am 25. Mai 2014 sind Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger erneut aufgefordert, ihre lokalen demokratischen Parlamente – Gemeinde- und Stadträte – zu wählen.

Jeder Achte in Baden-Württemberg hat eine ausländische Staatsangehörigkeit und lebt seit 20 Jahren hier. Deshalb ist es erfreulich, dass EU-Staatsangehörige seit 15 Jahren ein gleichberechtigtes Wahlrecht in der Kommune haben (\* Die Angaben beruhen auf Angaben des Statistisches Landesamt 2013, des Zensus 2011 und eigenen Berechnungen )

Mehr als 800.000 volljährige Bürgerinnen und Bürger allerdings werden auch 2014 bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg wieder von der demokratischen Beteiligung ausgeschlossen.

Wir fordern alle politischen Akteure in den Gemeinde- und Stadträten auf, sich für die demokratische Integration aller Bürgerinnen und Bürger ihrer Kommunen einzusetzen und öffentlich auszusprechen.

Ein deutliches Zeichen kann die Debatte und Verabschiedung einer Resolution zur Einführung des kommunalen Wahlrechts unabhängig von der Passzugehörigkeit sein.

Mehrere Städte in Deutschland und Baden-Württemberg haben solche Erklärungen bereits verabschiedet (der beiliegende Text wurde 2008 von einer 2/3-Mehrheit im Freiburger Gemeinderat verabschiedet).

Die FGL Fraktion unterstützt das Anliegen von Frau Olivera Kovačević Rauschenbach /Forum für Integration das Thema, nach 2009 erneut im Gemeinderat zu diskutieren.

In seiner Sitzung am 24.09.2009 hatte der Konstanzer Gemeinderat beschlossen, die Forderung nach Kommunalwahlrecht für alle Ausländer entsprechend der LAKA-Baden-Württemberg zu unterstützen und die



Verwaltung beauftragt, dies gegenüber der Landes- und Bundesregierung und dem Bundesrat zum Ausdruck zu bringen.

Seit 2009 hat sich leider nichts an der damaligen Situation geändert. Mit Verabschiedung der Resolution wollen wir unserer Forderung nochmals Ausdruck verleihen.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Christiane Kreitmeier  
Fraktionssprecherin

Charlotte Biskup